



Vertriebspreis: Jede 1 Mark u. 20 Pf. ...

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wöchentlich zweimal...

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Donnerstag 21. Februar 1918

Nr. 95 47. Jahrgang

und Handels-Zeitung

Das gleiche Wahlrecht im Ausschuss abgelehnt. Einrücken deutscher Truppen in Estland.

Wichtig. Berlin, 20. Februar, abends. (W. I. B.) Im Osten gehen die Bewegungen vorwärts...

der deutschen Truppen ein Akt des Einlenkens seitens der Petersburger Regierung bevorzucht.

Rumäniens Losung von den Alliierten.

Die „Times“ melden: „General Averescu, der neue rumänische Ministerpräsident, hat den alliierten Regierungen antwortend angezeigt, daß er die von der früheren Regierung eingegangenen Verpflichtungen nicht aufrechterhalten könne.“

General Averescu ist in Bukarest eingetroffen, um dort Verhandlungen zu führen, die mit der Bildung seines Kabinetts und den bevorstehenden Friedensverhandlungen im Zusammenhang stehen.

Ueber die Aussichten dieser Verhandlungen ist von der österreichischen Regierung eine nicht sehr vorteilhaft klingende Mitteilung ausgegeben worden. Die Anknüpfung beruht auf den weitgehenden Gebietsansprüchen, mit deren Geltungsmachung sich die Rumänen offenbar noch tragen, während sie andererseits zu irgend welchen Kompensationen nicht bereit sind.

Wie wir neulich mitgeteilt haben, wurde angenommen, daß Herr v. Kühlmann sich in diesen Tagen zu den Verhandlungen nach Rumänien begeben würde...

Wien, 20. Februar. (W. I. B.) Aus dem k. u. k. Kriegspressequartier erfahren wir: Der Rat der Volkskommissäre hat die von den Vierbündmächten in Vrest-Sitzung aufgestellten Friedensbedingungen ohne jeden Vorbehalt angenommen.

Gerüchte vom Sturz der Bolschewikregierung. (Telegramm.) Kopenhagen, 19. Februar. (W. I. B.) „Politiken“ meldet aus Warschau, ein hartnäckiges Gerücht, das doch noch nicht bestätigt sei, besagt, daß die Bolschewikregierung in Petersburg von den Sozialrevolutionären unter Tschernow gestürzt wurde...

Der russische Funkspruch vom Petersburger Sowjet gefordert.

Wien, 20. Februar. Wie ich von unbedingt zuverlässiger Seite erfahre, haben die Behörden aus Deutschland über das Ende des Moskauer Standes von Beginn des deutschen Vormarsches in Petersburg berichtet...

Ein Plebiszit über Cholm?

Wien, 19. Februar. (W. I. B.) Ein Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse“ hatte eine Unterredung mit dem Mitgliede der ukrainischen Friedensdelegation...

Annäherung zwischen Polen und Ukraine?

Wien, 20. Februar. (G. A.) Hiesigen unterrichteten Kreisen verläutet, daß unter Berufung auf den Vertrag des Grenzvertrages mit der Ukraine bezüglich der Festlegung der Grenze zwischen der Ukraine und dem künftigen Polen eine Annäherung an den polnischen Standpunkt zu erwarten ist.

Das Entlassungsgesuch der österreichischen Polen-Minister abgelehnt.

Wien, 20. Februar. (W. I. B.) Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht kaiserliche Handschreiben an den Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler sowie an den Unterrichtsminister Gwiltinski und den Minister Zwardowski...

Die Entlassungsgesuch der österreichischen Polen-Minister abgelehnt.

Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht kaiserliche Handschreiben an den Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler sowie an den Unterrichtsminister Gwiltinski und den Minister Zwardowski...

Die Abstimmung im Wahlrechtsausschuss.

Don Erich Dombrowski.

In der gestrigen Sitzung des Wahlrechtsausschusses des Abgeordnetenhauses wurde der konservativ-republikanische Antrag auf Gewährung eines Mehrstimmenswahlrechts mit 20 Stimmen gegen 15 Stimmen angenommen und damit der Paragraph 3 der Regierungsvorlage, der das gleiche Wahlrecht vorschlägt, für erledigt erklärt.

Die gestrigen Verhandlungen des Ausschusses waren demnach auch ganz von diesem Geiste durchdrungen erfüllt. Zwar brachten die Nationalliberalen, verständig, einen neuen Puralantrag ein, das war im Grunde genommen aber nur eine Spiegelfechterei...

Die Mehrheit der Nationalliberalen aber ließ sich auch durch diese neue Kundgebung des Ministeriums nicht von ihrer ablehnenden Haltung abbringen. Als es zur Abstimmung kam, wurde zuerst über den weitgehenden Antrag, den Puralwahlrechtsantrag der konservativen und republikanischen Abgeordneten nach rechts ein und brachte den Antrag gemeinsam mit der Rechten zur Annahme.